

Eine Postwachstumsgesellschaft braucht Mitwirkung und Mitbestimmung

Irmi Seidl • Angelika Zahrnt

Ein Zitat aus den 1950ern:

»Wir werden sogar mit Sicherheit dahin gelangen, dass zurecht die Frage gestellt wird, ob es noch immer nützlich und richtig ist, mehr Güter, mehr materiellen Wohlstand zu erzeugen, oder ob es nicht sinnvoller ist, unter Verzichtleistung auf diesen ›Fortschritt‹ mehr Freizeit, mehr Besinnung, mehr Muße und mehr Erholung zu gewinnen.« Und weiter: »...dann werden wir in fernerer Tagen auch zu einer Korrektur der Wirtschaftspolitik kommen müssen. Niemand dürfte dann so dogmatisch sein, allein in der fortwährenden Expansion noch länger das Heil erblicken zu wollen.«

Hätten Sie gedacht, dass dieses Zitat aus Ludwig Erhards Buch »Wohlstand für Alle« stammt?

Tatsächlich sind die fernerer Tage schon nicht mehr ganz so fern, denn zunehmend wird die Frage gestellt, ob unsere Ökonomien weiterhin wachsen sollen, zu offensichtlich sind die Probleme und Schäden, die Wachstum generiert. Ein Zeugnis einer lebendigen, kreativen wachstumskritischen Diskussion und Bewegung war der Degrowth-Kongress in Leipzig Anfang September 2014. Doch gleichzeitig fordern Politik, etablierte Organisationen und ein Großteil der Presse mit einer scheinbar zunehmenden – und durchaus dogmatischen - Dringlichkeit Wachstum und entsprechende Maßnahmen zu seiner Ankurbelung. Die EZB flankiert dieses Wachstumscredo mit immer neuen Maßnahmen zur Erhöhung der Geldliquidität und riskiert damit sehenden Auges die nächsten ökonomischen Verwerfungen.

Die wesentlichen Punkte der aktuellen wachstumskritischen Diskussion sind:

- In den reifen Industrieländern ist ein Trend zu sinkenden Wachstumsraten unverkennbar, wobei das BIP in absoluten Zahlen gleichwohl noch wächst (lineares Wachstum). Die Gründe für rückläufige Wachstumsraten sind u.a. ausgebaute Infrastrukturen, gesättigte Märkte, abnehmende und älter werdende Bevölkerung, steigende Kosten von Innovationen, steigende Energie- und Ressourcenpreise. Von daher ist es ein Gebot der Vorsicht und Klugheit, sich auf abnehmendes oder ausbleibendes Wachstum einzustellen.
- Das Bruttoinlandsprodukt ist eine statistische volkswirtschaftliche Größe, die den Wert der in einer Volkswirtschaft produzierten und auf dem Markt gehandelten Waren und Dienstleistungen pro Jahr misst. Das BIP ist kein Indikator gesellschaftlicher Wohlfahrt, obwohl es immer noch als solches verwendet wird. Entsprechend ist es höchst umstritten, denn es
 - enthält wohlfahrtsschädigende Wirtschaftsleistungen (z.B. Kosten von Unfällen und Umweltkatastrophen, Gesundheitsausgaben und seit 1.9.14 auch Drogenschmuggel, Schwarzarbeit und Prostitution)
 - bildet den Ressourcenabbau als Bestandsverzehr nicht ab (z.B. Verzehr fossiler Energie und Ressourcen)

- berücksichtigt keine unbezahlten wohlfahrtssteigernden (Wirtschafts-)Leistungen (z.B. Ehrenamt, Hausarbeit, Familienarbeit)
- ignoriert viele Wohlfahrt bestimmende Faktoren (z.B. Gesundheit, Zufriedenheit, Bildung, sozialer Zusammenhalt, ausgeglichene Einkommens- und Vermögensverteilung).

In den letzten Jahren hat über diese Unzulänglichkeiten eine lebendige Diskussion stattgefunden – so auch in der Enquete Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestages - und es gibt inzwischen eine Reihe alternativer Wohlfahrtsmassstäbe. Aber der politische Wille, eine dieser Alternativen auszuwählen und die Politik daran auszurichten, fehlt.

- Bisher wächst mit dem BIP auch der Umweltverbrauch. Es findet keine absolute Entkopplung statt und selbst die relative Entkopplung (Umweltverbrauch wächst weniger als das BIP) ist begrenzt. Ein Grund ist der sogenannte Rebound-Effekt: Technische Verbesserungen mit Umweltentlastungspotential werden durch menschliches Verhalten konterkariert. Beispiele sind energie-effiziente Autos, mit denen mehr gefahren wird, oder energieeffiziente Kühlschränke, von denen größere gekauft werden. Wegen fehlender Entkopplung und Rebound stehen die Hoffnungen auf ein »Green Growth« auf wackligen Füßen. Es zeigt sich immer mehr, dass (technische) Effizienz nicht reichen wird, um die Umweltprobleme zu entschärfen, sondern durch kluge und suffiziente Lebensstile ergänzt werden muss. Vor diesem Hintergrund sollte nicht auf Green Growth gesetzt werden.
- Weiter ist zu beobachten, dass Wirtschaftswachstum die folgenden Versprechungen nicht (mehr) erfüllt:
 - die Garantie von steigendem Wohlstand und Lebensqualität: Untersuchungen in verschiedenen Industrieländern zeigen, dass Wirtschaftswachstum und Wohlstand nur bis zu einer bestimmten Höhe korrelieren; das entsprechende BIP-Niveau war in Westeuropa Mitte der 1970er Jahre erreicht.
 - die Sicherung und Herstellung von Vollbeschäftigung: selbst die Wachstumsraten der 1970er und 1980er – höher als die heutigen – haben keine Vollbeschäftigung herstellen und Arbeitslosigkeit beseitigen konnten.
 - die Gewährleistung von sozialem Ausgleich: Statistiken zeigen, dass die Schere in der Einkommens- und Vermögensverteilung auseinandergeht.
 - das Erreichen eines ausgeglichenen Staatshaushalts und von Schuldenabbau: auch in Zeiten von Wirtschaftswachstum wurden weitere Schulden gemacht und in wachstumsschwachen Zeiten wurden – um höheres Wirtschaftswachstum zu erreichen – staatliche Wachstumsprogramme mit Schulden finanziert.

Da drängt sich mit den Worten von Erhard die Frage auf: Warum wird allein in der fortdauernden Expansion das Heil erblickt? Warum halten wir am Wirtschaftswachstum fest? Warum ist im Jahr 2009, dem Jahr der Krise, ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2,4 Billionen Euro ein Desaster, obwohl wir mit etwa dem gleichen BIP 2006 doch gut zurande kamen und niemand von Krise sprach? Warum sind wir fixiert auf Wirtschaftswachstum und warum haben wir keinen Plan B – für den Fall, dass es nicht gelingt, wieder »normale« Wachstumsraten zu erreichen?

Weil wir abhängig sind von gesellschaftlichen Systemen, die selbst existentiell abhängig sind vom Wachstum der Wirtschaft. Zu nennen sind die Kranken- und Altersversicherung, der soziale Ausgleich, der Arbeitsmarkt,

Unternehmen, der Konsumsektor, der Banken- und Finanzbereich sowie die Staatsfinanzen. Findet kein Wachstum (mehr) statt, so geraten diese Systeme in eine existentielle Krise, was zu gesellschaftlicher Unruhe führt und was die Politik vermeiden will.

Daraus folgt, dass sich diese Systeme aus den Abhängigkeiten vom Wirtschaftswachstum lösen müssen, um die grundlegende Wachstumsabhängigkeit zu überwinden. Dazu müssen wir die einzelnen gesellschaftlichen Institutionen und Bereiche analysieren und Ansätze entwickeln, wie wir sie anders gestalten können, so dass

- der öffentliche Sektor – von der Bundesebene bis zur Kommune – nicht auf ständig steigende Steuereinnahmen angewiesen ist,
- der Kranken- und Rentenversicherung bei ausbleibendem Wachstum nicht inakzeptable Leistungskürzungen drohen,
- alle ein auskömmliches Einkommen und Beschäftigung finden, ohne auf Wirtschaftswachstum der Zukunft vertröstet zu werden,
- wir auch ohne ständigen Zuwachs an Gütern und Fernreisen ein interessantes, zufriedenes, ein erfülltes - und nicht nur mit Gütern und Events gefülltes – Leben führen können, und wir dabei
- gleichzeitig den Umwelt- und Ressourcenverbrauch reduzieren (z.B. CO₂-Ausstoß um 90% bis 2050).

Zusammengefasst zeichnet sich eine solche Postwachstumsgesellschaft dadurch aus, dass die wachstumsabhängigen Systeme so umgestaltet werden, dass sie auch ohne ständiges Wachstum funktionieren, keine allgemeine Politik zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums mehr stattfindet und das Wachstum von Energie- und Ressourcenverbrauch auf ein nachhaltiges Niveau zurückgefahren wird.

Erste Konturen für einen Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft zeichnen sich ab. Im Folgenden seien fünf Bereiche und dort stattfindende Entwicklungen kurz beleuchtet, um dann ausführlicher auf die Bedeutung von Demokratie und Partizipation in einer Postwachstumsgesellschaft einzugehen.

Wirtschaft

Die Verteuerung von Energie und Ressourcen – über eine ökologische Steuerreform oder die Marktentwicklung wegen zunehmender Knappheiten – wird die Gewichte zwischen Globalisierung und Regionalisierung verschieben. Regionales Wirtschaften wird wichtiger: regionale Rohstoffe, Recycling und Kreislaufwirtschaft, regionale Wertschöpfungsketten und Kundenbeziehungen, langlebige, reparaturfähige Produkte, energieeffiziente und ressourceneffiziente Produkte und Dienstleistungen, Dienstleistungen wie Car-Sharing, die den Besitz von Produkten ersetzen können. Stärkere regionale Ökonomien werden einerseits Wachstumsdruck nehmen, andererseits wird der Umbau der Produktion – auch hin zu mehr Dienstleistungen – die Produktionsmenge reduzieren.

Arbeit und Zeit

Da die Steigerung der Arbeitsproduktivität (die gleiche Produktionsmenge erfordert weniger Beschäftigte) auf-

grund fehlender Nachfrage nicht mehr durch eine Erhöhung der Produktionsmenge, d.h. durch Wachstum, kompensiert werden kann, wird eine Politik der Arbeitszeitverkürzung den Beschäftigungsstand halten und ausbauen müssen – und zwar mit unterschiedlichen Formen und Modellen und – oberhalb eines bestimmten Mindesteinkommens – ohne Lohnausgleich. Dies bedeutet für den Einzelnen weniger Erwerbsarbeit und weniger Erwerbseinkommen, aber auch mehr freie Zeit. Dieses Mehr an freier Zeit kann eingesetzt werden für Selbstversorgung und Eigenproduktion, für die Versorgung und Pflege, das Kümern um andere, für Zeit, um gesellschaftspolitisch mitzumachen, und für Muße.

Konsum

Der aktuelle Trend zu Minimalismus und Share Economy sowie der demographische Wandel dürften die Nachfrage nach Konsumgütern verringern und gleichzeitig die Qualitätsanforderungen steigen lassen (z.B. längere Lebensdauer, Reparaturfähigkeit). Angesichts der Ressourcenknappheit werden wir von der Wegwerfgesellschaft wegkommen müssen. Gekaufte Produkte werden getauschte und selbst hergestellte Güter ergänzen. Und wenn Konsum nicht mehr der Wachstumsmotor der Wirtschaft sein muss, wie dies heute der Fall ist, können wir uns auch wieder mehr konsumfreie Zonen leisten - in den Städten und in den Medien. Zugleich gewinnen bei geringerem individuellen Konsum öffentliche Räume, Einrichtungen und Verkehrsinfrastrukturen an Bedeutung (Schwimmbäder, Büchereien, Jugendzentren, städtische Grünflächen) – ebenso wie neue öffentliche Einrichtungen wie Freiflächen zum Gärtnern oder Repair-Cafés.

Bildung

In einer weniger konsumzentrierten Gesellschaft braucht es eine Neuorientierung der Bildung, wie sie sich auch in den Konzepten und Beispielen der Bildung für nachhaltige Entwicklung abzeichnet. Die Leere, die entsteht, wenn Konsum keine zentrale sinnstiftende Instanz der Gesellschaft mehr ist, muss durch Inhalte gefüllt werden, die es ermöglichen, ein sinnvolles, selbstbestimmtes und tätiges Leben zu führen. Dazu muss Bildung stärker die Förderung lebenspraktischer, musischer und handwerklicher Fähigkeiten während des gesamten Lebens einschließen, und auch die Fähigkeit zu gesellschaftlicher Organisation und Partizipation muss gelernt werden.

Soziale Gerechtigkeit

Aktuell stellt sich in der westlichen Welt die Verteilungsfrage in großer Schärfe, denn das Versprechen, über Wirtschaftswachstum sozialen Ausgleich zu erreichen, entpuppt sich als Illusion. Bei einem Kuchen, der nicht mehr wächst, ist es umso offensichtlicher und dringlicher, dass er gerecht aufgeteilt werden muss. Entsprechend muss eine Postwachstumsgesellschaft eine sozial stärker ausgeglichene Gesellschaft sein. Thomas Piketty sieht die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaften gefährdet, wenn sich die soziale Ungleichverteilung weiter vergrößert. Empirische Untersuchungen in verschiedenen Industrieländern zeigen, dass geringere Unterschiede in der Verteilung von Einkommen und Vermögen zu einer größeren Zufriedenheit und weniger gesellschaftlichen Problemen – und zwar in allen Gesellschaftsschichten – führen.

Demokratie und Partizipation

Ein häufiges Argument für die Fortsetzung des Wachstumskurses ist, dass nur über steigenden, individuellen und gesellschaftlichen materiellen Wohlstand (oder zumindest die Aussicht darauf) die gesellschaftliche Zustimmung zu einer demokratischen Regierungsform aufrechterhalten werden kann. Ohne Wachstum bestehe die Gefahr, dass die Verteilungskonflikte an Schärfe und Vielfalt so massiv zunehmen, dass sie in demokratischen Strukturen nicht mehr aufgefangen werden könnten.

Als denkbare und wahrscheinliche »Lösung« wird dann entweder davon ausgegangen, dass in einer Ökodiktatur die Verteilungsfragen entschieden würden oder dass demokratische Unregierbarkeit zu rechten Diktaturen führe. Diese Diktaturen würden dann eine gesellschaftliche Befriedung suchen – ohne auf die Interessen künftiger Generationen und eine weltweite Solidarität Rücksicht zu nehmen – und Besitzstände und Rohstoffansprüche mit militärischer Gewalt durchsetzen.

Auch wenn diese Extrembilder oft gezeichnet werden, um die Alternativlosigkeit zum gegenwärtigen Wachstumskurs zu belegen, so zeigen sie doch, für wie wenig belastbar die Regierungsform der Demokratie gehalten wird: als Schönwetterdemokratie, die ein paar Gewitter und Schauer aushält, aber die Aussicht auf die nächste dauerhafte Schönwetterperiode braucht. Historisch gibt es durchaus Beispiele für Gefährdungen und Abschaffungen von demokratischen Regierungsformen in wirtschaftlichen Krisenzeiten – allerdings zumeist bei einem sehr niedrigen materiellen Ausgangsniveau. Aber auch in der derzeitigen wirtschaftlichen Krise in den Ländern Südeuropas hatten rechte Parteien in der Europawahl 2014 große Stimmengewinne. Wachstumsbefürworter in der Politik nutzen dies als weitere Bestärkung: »Wachstum gegen rechts« wird jetzt als zusätzliches Argument angeführt.

Diese Diskussion zeigt, dass neben politischen Maßnahmen zur Bewältigung der aktuellen Krise auch eine Stärkung der Demokratie nötig ist, um für die anstehenden gesellschaftlichen Transformationsprozesse – wie den Abschied von der Wachstums- und Konsumgesellschaft – die Zustimmung und Bereitschaft zur demokratischen Mitgestaltung zu gewinnen. Dafür sind positive Bilder einer Postwachstumsgesellschaft wichtig, die zeigen, wie auch eine gute Lebensqualität erreicht und neue Qualitäten durch aktives Mitgestalten der Bürger/innen in politischen Gemeinwesen, Unternehmen, Institutionen, eigenen Initiativen und Projekten gewonnen werden können.

Wie wichtig Demokratie für Lebenszufriedenheit und Wohlbefinden sind, zeigt auch der Index für Demokratie (Economist Intelligence Unit 2010). Im Vergleich mit dem Index Bruttoinlandsprodukt weist der Index für Demokratie eine deutlich stärkere Korrelation mit Lebenszufriedenheit und Wohlbefinden auf.

Abschließend: Auch in einer Postwachstumsgesellschaft sind Wohlstand und Glück – eingebunden in ökologischer und sozialer Verantwortung – die zentralen Ziele. Für die notwendige Transformation ist ein Ausbau demokratischer und partizipativer Strukturen unerlässlich.

Literatur

Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika: Postwachstumsgesellschaft, Konzepte für die Zukunft, Metropolis 2010

Schneidewind, Uwe/Zahrnt, Angelika: Damit Gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik, oekom 2013.

Autorinnen

Prof. Dr. Angelika Zahrnt ist Volkswirtin und Systemanalytikerin. Von 1998 bis 2007 war sie BUND-Vorsitzende und ist seit 2007 Ehrenvorsitzende des BUND. Von 2001 bis 2013 gehörte sie dem Rat für Nachhaltige Entwicklung an. Für ihr umweltpolitisches Engagement wurde sie mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse und dem Umweltpreis ausgezeichnet. Seit 2011 ist sie Fellow am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW).

PD Dr. Irmi Seidl ist Leiterin der Forschungseinheit Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL). Außerdem lehrt sie Ökologische Ökonomik an der Universität Zürich und der ETH Zürich. Zu ihren aktuellen Arbeitsschwerpunkten gehören Ökonomik der Flächennutzung und Siedlungsentwicklung sowie Naturschutz und Biodiversität.

Kontakt:

PD Dr. Irmi Seidl

Economics and Social Sciences

Swiss Federal Research Institute WSL

Zürcherstrasse 111

8903 Birmensdorf (Schweiz)

Tel. +41 44 7392 324

Fax. +41 44 7392 215

Internet: <http://blog.postwachstum.de/>

Prof. Dr. Angelika Zahrnt

IÖW-Geschäftsstelle Berlin

Potsdamer Str. 105

10785 Berlin

Tel. 0 30 - 884 59 4-0

Fax. 0 30 - 882 54 39

E-Mail: angelika.zahrnt@bund.net

Internet: <http://blog.postwachstum.de/>

Redaktion

Stiftung MITARBEIT

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de